

Unterschiedliche Auffassungen über Budget

Bericht der Regierung über Grundsätze bei der Ausarbeitung des Voranschlags

«Allmählich werden wir Abgeordnete auf Dinge aufmerksam, die wir bewilligt haben – und nachher staunen wir nur!» Mit diesem bezeichnenden Satz drückte Landtagsvizepräsident Dr. Gerard Batliner in der Budgetdebatte vom vergangenen Dezember sein Unbehagen über die Möglichkeit der Regierung aus, aufgrund einzelner Budgettitel Projekte im Hoch- und Tiefbaubereich zu realisieren. Das Ergebnis dieser damals längeren Debatte bildete ein Bericht der Regierung über die «Anwendung der Budgetierungsgrundsätze bei Ausarbeitung des Landesvoranschlags und die Handhabung des Instrumentariums der Verpflichtungskredite.» Dieser Bericht wiederum konnte jedoch in der letzten Landtagsitzung nicht vollends befriedigen, so dass die Regierung den Auftrag erhielt, weitere Abklärungen vorzunehmen und dem Landtag nochmals vorzulegen.

Entzündet hatte sich die Diskussion im Dezember an drei konkreten Ausgabenpositionen: einmal in bezug auf «Beiträge an schweizerische Hochschulen», zum anderen betreffend «Schulanlage Triesen»

und schliesslich unter dem Titel «Strassenverbesserungen und Strassenneubauten» die Sanierung der Strasse Bendern-Schaan.

Zur Genehmigung der Beiträge an schweizerische Hochschulen fehlte nach Ansicht von FBP-Fraktionssprecher Dr. Peter Marxer die rechtliche Grundlage, da die Verhandlungen über einen Beitritt unseres Landes zur interkantonalen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung der Nicht-Hochschulkantone an den Lasten der Hochschulkantone noch nicht abgeschlossen seien, was Regierungschef Hans Brunhart bestätigte.

Auch bei den geplanten Ausgaben für die «Schulanlage Triesen» stellte Landtagsvizepräsident Dr. Gerard Batliner das Fehlen von Grundlagen für einen Kredit fest, da dieses Projekt zurückgestellt worden sei und die Regierung die

Verpflichtung übernommen habe, einen separaten Antrag zu stellen.

Für das gleiche Vorgehen plädierte der Landtagsvizepräsident in bezug auf die geplante Sanierung der Strasse Bendern-Schaan, da nach seiner Meinung – gestützt auf das Finanzhaushaltsgesetz – die Regierung zuerst ein Gesamtprojekt vorlegen und nachher beim Landtag um einen Verpflichtungskredit nachsuchen müsse.

Grundsätze zur Genehmigung

Zu den Hochschulbeiträgen erklärte Regierungschef Brunhart in der Budgetsitzung, über die Aufnahme voraussichtlich anfallender Beiträge in den Voranschlag könne man geteilter Meinung sein. Jedenfalls habe die Regierung in früheren Jahren mehrfach solche Beiträge ins Budget aufgenommen. Er gab jedoch seine

Zustimmung, den Betrag aus dem Voranschlag zu entfernen, womit beim Fälligkeitwerden dieses Beitrages ein Nachtragskredit an den Landtag gestellt werden muss.

Bei den Positionen «Schulanlage Triesen» und «Bendererstrasse» stellte sich Regierungschef Brunhart hingegen auf den Standpunkt, dass die Regierung die Verpflichtung habe, die «abschbaren Aufwendungen im kommenden Jahr ins Budget aufzunehmen», ansonsten man sich auf einen Weg beuge, der «rechtlich überhaupt nicht abgestützt» sei.

Die lange Diskussion drehte sich schliesslich um die Frage, ob zuerst ein – vielleicht sich über mehrere Jahre erstreckender – Verpflichtungskredit so-

Fortsetzung auf S/2

Zivilschutz und Landesversorgung

Votum des FBP-Abgeordneten Josef Biedermann im Landtag vom 1. April 1981

Im Rahmen der letzten Landtagsitzung vom 1. April beantragte die Regierung die Schaffung der Stelle eines Mitarbeiters beim Amt für Zivilschutz und Landesversorgung. In seinem Votum unterstützte u. a. auch der FBP-Abgeordnete Josef Biedermann den Regierungsantrag. Ihm geht es im wesentlichen auch darum, dass das Zivilschutzamt inskünftig eine gute und gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten kann, um damit das Interesse für Fragen des Zivilschutzes und der Landesversorgung in der Bevölkerung zu wecken und zu verstärken. Lesen Sie nachstehend das Votum des Abgeordneten Josef Biedermann im Landtag vom 1. April 1981:

«Der im Bericht zusammengefasste Aufgabenkatalog ist sehr umfangreich

und bestätigt die Forderung des vom Landtag anlässlich der Sitzung am 3. Dezember 1980 zur Kenntnis genommenen Sicherheitsberichts: «Bei der Vielfalt der gestellten Aufgaben und der Grösse des Nachholbedarfs ist es unumgänglich, das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung personell zu verstärken.»

Eine sehr wichtige Aufgabe des Amtes wird meiner Ansicht nach eine gute und gezielte Öffentlichkeitsarbeit sein. In Zusammenarbeit mit den bestehenden Schutzorganisationen soll das Interesse unserer Bevölkerung für Fragen des Zivilschutzes und der Landesversorgung geweckt und verstärkt werden.

Dann sind wir auch eher bereit, in den verschiedenen Bereichen des Zivil-

schutzes und der Landesversorgung die notwendigen Vorarbeiten und Eigenleistungen zu erbringen. Wir müssen allerdings rasch handeln und auch unbequeme Entscheidungen treffen.

Für mich können diese Bemühungen auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Eigenstaatlichkeit darstellen. Ich denke konkret an die Erhaltung einer Landwirtschaftszone und an die mögliche Einführung eines Zivildienstes.

In der Hoffnung, dass wir ehrlich bereit sind, wenigstens alle wichtigen im Sicherheitsbericht erwähnten Aufgaben wahrzunehmen, begrüsse ich die Schaffung der Stelle eines Mitarbeiters beim Amt für Zivilschutz und Landesversorgung.»

Kulturgut

Schallplatte mit Liedern von Joseph Rheinberger und Rudolf Schädler erschienen

Ein guter Tip für ein Ostergeschenk – in diesen Tagen wird die bereits angekündigte Schallplatte mit Liedern von Joseph Rheinberger und Rudolf Schädler mit den beiden Interpreten Kurt Widmer, Bariton, und Jörg Eichenberger, Klavier, fertiggestellt. Wer noch ein passendes Ostergeschenk sucht, kann die Platte (sie kostet 20 Franken) am Karfreitag sowie am Ostersonntag, jeweils von 15 bis 17 Uhr, im Theater am Kirchplatz beziehen. Bestellte Platten, die vor Ostern nicht abgeholt werden, werden nach den Feiertagen verschickt. Telefonische Bestellungen unter 2 41 69.

Bürger überzeugen statt überreden

Lebhaftes Interesse an der FBP-Ortsgruppenversammlung in Schaan / Überfremdungsproblematik im Mittelpunkt

Ausser der Wahlrechtsfrage scheint derzeit die politisch interessierten Bürger unseres Landes vor allem die Problematik der Überfremdung zu interessieren. Zu diesem Schluss muss man zwangsläufig kommen, wenn man die durch ein lebhaftes Interesse an den politischen Problemen gekennzeichnete FBP-Ortsgruppenversammlung in Schaan mitverfolgt hat. Zu Diskussionen Anlass gab aber auch die Frage des Bürgerrechts. Auch in diesem Bereich sollte nach Ansicht vieler Bürger endlich ein entscheidender Schritt vorwärts getan werden.

Der Obmann der FBP-Ortsgruppe Schaan, Hansjörg Frick, konnte in seiner einleitenden Begrüssung neben den interessierten Bürgern eine Reihe von FBP-Mandatären begrüßen, unter ihnen Parteipräsident Dr. Peter Marxer, Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, die beiden Parteivizepräsidenten Hans Gassner und Alois Kind, die Schaaner Abgeordneten Noldi Frommelt und Klaus Wanger, Vorsteher Lorenz Schierscher sowie Parteisekretär Michael Biedermann. Als Aufgabe der Versammlung bezeichnete Obmann Frick, in erster Linie zu informieren über die FBP-Verfassungsinitiative, um die Verwirrtaktik der Union entkräften zu können.

Wähler verunsichern

In einem von grosser Sachkenntnis und Engagement getragenen Referat erläuterte Klaus Wanger die Grundsätze der Verfassungsänderung, wobei er immer wieder auf das grundsätzliche Anliegen

der FBP-Initiative hinwies: «Die Mehrheit der Wähler muss immer das Grundrecht behalten, die Mehrheit der Abgeordneten zu stellen.» Gleichzeitig legte er Wert auf die Feststellung, dass die vorgesehene Verfassungsinitiative die üblichen Wahlmanipulationen mit der kurzfristigen Wohnsitznahme in einem anderen Wahlkreis ausschliesse. Bei Annahme der FBP-Initiative würde jede Wahl auch aus dieser Perspektive demokratischer.

Der derzeitigen Taktik der VU, mit allerlei Behauptungen die Wähler zu verunsichern, um sie zu einem Nein zu bewegen, setzte Klaus Wanger mit klaren Worten die Vorteile des Verfassungszusatzes entgegen, der garantiere, dass jede Wahl nach demokratischen Spielregeln verlaufe.

Ein entscheidender Urnengang

Man stehe vor einem entscheidenden Ur-

nengang, sagte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, der in seinen Ausführungen nicht nur über die Verfassungsinitiative, sondern auch über allgemeine Probleme und Fragen in unserem Lande sprach.

● Es gehe jetzt um eine breite Meinungsbildung in bezug auf die FBP-Initiative, wobei der Bürger nicht überredet, sondern überzeugt werden soll.

Die wichtigsten Probleme des Staates, die Fragen der Überfremdung und der Energieversorgung, sind nach seinen Ausführungen nicht nur staatliche Probleme, sondern ebenso sehr Probleme jeder einzelnen Gemeinde, denn nur in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden könne eine Regierung derart wichtige, teilweise existenzielle Fragen lösen. Hilmar Ospelt setzte sich denn auch mit Nachdruck für eine Verstärkung der Gemeindeautonomie ein, da es wieder gelte, auch die kleineren Zellen einer Gemeinschaft vermehrt zu stärken. Denn nur gesunde, starke Gemeinden würden ein gesundes, starkes Land ermöglichen.

Überfremdung als komplexes Problem

Wie bei vorherigen Gesprächsrunden mit Bürgern, nahm am Montagabend auch in Schaan das Überfremdungsproblem einen breiten Rahmen der Diskussion ein. Mit grösster Aufmerksamkeit nahmen die Anwesenden von den Vorstellungen Kenntnis, welche Hilmar Ospelt zur schrittweisen Lösung dieses Problems formulierte.



Im Rahmen der FBP-Diskussionsrunde in Schaan dominierten vor allem Themen wie die Überfremdung, Fragen zur Energieversorgung und die von mehr als 1400 Mitbürgern unterzeichnete Volksinitiative für ein gerechteres demokratisches Wahlrecht. (Bild: Xaver Jehle)

Schüleraustauschkonzert

Gastfamilien für deutsche Musikschüler gesucht

Vom 1. bis 3. Mai 1981 werden 55 Schüler und Lehrer der städtischen Musikschule von Erding bei München zu einem Schüleraustausch mit der Liechtensteinischen Musikschule nach Liechtenstein kommen. Die Liechtensteinische Musikschule wird anfangs Oktober 1981 mit einer gleich starken Gruppe von Schülern und Lehrern zum Gegenbesuch nach Erding reisen.

Die Besucher aus Bayern werden drei Tage lang Gelegenheit haben, unser Land kennenzulernen und durch Kontakte mit Schülern und Lehrern auch Einblick in das System der Musikerziehung in unserem Land zu nehmen.

● Um sich der liechtensteinischen Öffentlichkeit vorzustellen, werden die jungen Gäste am Sonntag, den 3. Mai 1981, vormittags 10.30 Uhr, in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums ein Konzert geben. Neben Solovorträgen werden Kammermusik-, Folklore- und Jazzgruppen zu hören sein.

Um den Gästen aus Bayern einen angenehmen Aufenthalt bieten zu können, suchen wir Familien, die bereit sind, für zwei Nächte einen Schüler oder Lehrer zu beherbergen. Die Musikschüler und ihre Lehrer werden am Freitag, den 1. Mai, ca. 18 Uhr ankommen und am Sonntag, den 3. Mai im frühen Nachmittag wieder abreisen.

Wer bereit ist, einen Gast zu beherbergen, möge sich mit dem Sekretariat der Liechtensteinischen Musikschule Vaduz, Tel. 2 46 20, in Verbindung setzen.

Kleinkunst in Wertpapieren

Briefmarkensammeln als alternative Kapitalanlage

In der renommierten Schweizer Handelszeitung in Zürich erschien kürzlich ein Beitrag, der sich mit dem Briefmarkensammeln als Freizeitbeschäftigung befasste. Im weiteren geht der Autor auf den Anlagecharakter des Sammelns ein und gibt interessante Tipps für den Philatelisten. In diesem Zusammenhang kommt auch Hugo Meier, Leiter der Postwertzeichenstelle in Vaduz, zu Wort. Unter dem Titel «Werbung durch Werte» unterstreicht Hugo Meier, dass besonders die Briefmarken, sozusagen als Botschafter, die Existenz des kleinen Liechtenstein in aller Welt dokumentieren. Im weiteren hebt der Leiter der FL Postwertzeichenstelle die Bedeutung der liechtensteinischen Briefmarken als wichtige Staatseinnahmequelle hervor. Lesen Sie auf Seite 5 den in der Handelszeitung erschienenen Beitrag von Hugo Meier zu Fragen der Liechtenstein-Philatelie.

Vier Extrazüge

St. Gallen, pd./Tgtl. Am Nachmittag des 1. Juni wird der Papst für die Gläubigen vor allem aus der deutschen und rätoromanischen Schweiz auf dem Klosterplatz in Einsiedeln einen Gottesdienst feiern und eine Ansprache halten. Wie das Bischöfliche Ordinariat St. Gallen in einer Mitteilung festhält, werden aus dem Einzugsgebiet des Bistums St. Gallen voraussichtlich vier Extrazüge nach Einsiedeln fahren.

Bad
Ragaz

QUELLENHOF

Eröffnung:
16. April 1981

Im Grill

Jeden Montag- und Freitagabend
unterhält Sie unser Pianist
Willy Berghamer

Spargelspezialitäten
Hummer stets lebend frisch
aus unserem Vivier

Tischreservierung 085/9 01 11